



Stadt Steinheim Bau- und Planungsausschuss

Niederschrift

über die 12. Sitzung des Bau- und Planungsausschusses der Stadt Steinheim -des am 30.08.2009 gewählten Rates- am 11.01.2011 im Rathausaal

Zu der auf heute, 18.30 Uhr, ordnungsgemäß geladene Sitzung des Bau- und Planungsausschusses der Stadt Steinheim sind die untenstehend aufgeführten Ausschussmitglieder in beschlussfähiger Anzahl erschienen.

Sitzungsbeginn: 18.30 Uhr

Sitzungsende: 22.10 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender:

Ratsherr Andreas Rohde

Die Mitglieder:

Ratsherr Bernd Behling

Ratsherr Wilhelm Freitag

Ratsherr Gisbert Günther für Ratsherrn Antonius Festing

Ratsherr Georg Hannibal

Ratsfrau Elisabeth Klennert für Ratsherrn Bernd Drengk

Ratsherr Michael Klahold

Sachkundiger Bürger Josef Lücking

Sachkundige Bürgerin Marianne Mann

Ratsherr Hubertus Ostermann

Ratsherr Manuel Tavares

Ratsherr Jürgen Unruhe

Sachkundiger Bürger Wolfgang Werner

Beratendes Mitglied Oliver Räker für beratendes Mitglied Thomas Lödige

Ratsfrau Elke Bieling für Ratsherrn Manuel Tavares zu TOP A 4

Von der Verwaltung nehmen teil:

StOAR Friedhelm Borgmeier

Dipl.-Geogr. Eberhard Fischer

Dipl.-Ing. Alexander Frewer

Verw.-Ang. Martin Hartmann

Dipl.-Ing. agr. Ralf Kleine

Dipl.-Ing. Therese Meier

Als Gäste sind anwesend:

Dipl.-Ing. Detlef Sönnichsen zu TOP A 1
 B. Eng. Stefan Wehe zu TOP A 1
 Herr Nachtigal zu TOP A 2
 Ratsfrau Elke Bieling
 Ratsherr Helge Hörning
 Ratsfrau Gisela Lause
 Ratsherr Heinrich Stute

A. Öffentliche Sitzung

Der Ausschussvorsitzende Rohde begrüßt zu Beginn die anwesenden Ausschussmitglieder, Gäste, Vertreter der Presse und der Verwaltung.

1. Hochwasserschutz und auenökologische Verbesserung an Emmer, Heubach und Teichwasser

**hier: Vorstellung durch das Planungsbüro Sönnichsen u. Partner, Minden.
 (B.u.PI.A. v. 26.08.2008 TOP A 6, 20.10.2008, TOP A 2, 01.04.2009 TOP A 9,
 12.05.2009 TOP A 1, 08.12.2009 TOP A 3)**

-Anlage-

Herr Sönnichsen, vom Ing.-Büro Sönnichsen & Partner, stellt anhand einer Präsentation die entwickelten Maßnahmen zur Verbesserung des Gewässerzustandes und des Hochwasserschutzes an Emmer und Heubach in Steinheim vor. Der Vortrag ist hierbei unterteilt in Überblick, Teil A Hochwasserschutz, Teil B Verbesserung des Gewässerzustandes und Teil C Auengestaltung. Details zum Vortrag sind der Anlage zu entnehmen.

Es werden Zwischenfragen aus Reihen des Ausschusses zum Teil A beantwortet.

Ratsherr Unruhe erkundigt sich danach, wie der Eingriff in das Privateigentum erfolgen kann. Da das System nur funktioniert wenn alle mitmachen, kann dieses bis hin zu einem Planfeststellungsverfahren führen, um die geplanten Maßnahmen realisieren zu können.

Ratsherr Günther fragt nach der finanziellen Unterstützung für den individuellen Objektschutz. Fördermöglichkeiten bestehen hier grundsätzlich nicht. Ggf. kann ein stadt eigenes Programm aufgelegt werden. Allerdings bekommen die Betroffenen selbstverständlich die Datenblätter für ihre Objekte ausgehändigt. Darüber hinaus kann eine Beratung erfolgen.

Sachkundiger Bürger Lücking hinterfragt die Arbeit des Planungsbüros. Herr Sönnichsen entgegnet, dass nur bei detaillierter Bestandserfassung belastbare Prognosen getroffen werden können. Das 100-jährige Hochwasser ist ein definierter Wert, der so in Steinheim noch nicht eingetreten ist.

Danach geht Herr Sönnichsen auf die Teile B und C ein.

Als positiver Nebeneffekt durch die Zurückverlegung des Gewässerlaufes in das alte Flussbett kann eine Verbesserung der Hochwassersituation in der Schiederstraße erreicht werden.

Ratsherr Freitag fragt nach den Kosten für die Aktivierung des Altarmes. Herr Sönnichsen bezeichnet das Verfahren komplizierter als den Kostenaufwand. Als größten Kostenanteil sieht er die Ablösung der Mühlenrechte bei der Papiermühle.

Ratsherr Unruhe spricht an, inwiefern aus finanzieller Sicht nur der Hochwasserschutz realisiert werden könnte. Dem wird damit entgegnet, dass eine Förderung nur erfolgt, wenn eine ökologische Verbesserung der Situation nachgewiesen werden kann. Es handelt sich ausdrücklich um eine kombinierte Förderung aus den Bereichen A, B und C.

Die Vorstellung wird wohlwollend zur Kenntnis genommen und als Schritt in die richtige Richtung gewertet.

Der Tagesordnungspunkt wird zur weiteren Beratung an die Fraktionen verwiesen und soll in der nächsten Sitzung des Bau- und Planungsausschusses erneut auf die Tagesordnung genommen werden.

2. Vorstellung der Landwirtschaftskammer „Intensive Schweinehaltung“

Herr Nachtigal von der Landwirtschaftskammer stellt die Schweinemasthaltung als wichtigen Betriebszweig mit Wachstumschancen dar und gibt Antworten auf zahlreiche Fragen aus Reihen des Ausschusses. Die Viehdichte in Steinheim beträgt 1,5-1,8 Großvieheinheiten/ha, sodass die erzeugte Gülle problemlos im Stadtgebiet aufgebracht werden kann. (Hinweis: 500kg Lebendgewicht Schwein entsprechen einer Großvieheinheit). Die Viehzählung im Jahr 2007 ergab folgenden Bestand: 13.228 Mastschweine, insgesamt 20.000 Schweine, 453 Milchkühe, insgesamt 2.222 Rindvieh.

In den achtziger Jahren wurden 300er Stallungen gebaut, heute sind es mehr als 2000 Schweine. Die Schweinehaltung in Deutschland liegt knapp über 100 % des Selbstversorgungsgrades, in Dänemark sind es beispielsweise >150%. Herr Nachtigal sieht hierin kein Problem für die Landwirtschaft, da weltweit der Markt noch nicht gesättigt ist. Auch Flächennachweise machen keine Schwierigkeiten. Gülle wird aus Kostengründen gerne als Ersatz für mineralischen Dünger genommen.

Hinsichtlich der Fragen aus dem Ausschuss zu Konzentrationszonen sowie Ablehnungs- bzw. Genehmigungskriterien zum Bau von landwirtschaftlich genutzten Gebäuden beantwortet Herr Nachtigal wie folgt:

- a) Biogasanlagen sind nur bis zu einer bestimmten Größe im Außenbereich genehmigungsfähig. Grundlage ist das Baurecht.
- b) Konzentrationszonen hält er aus logistischen, eigentumsrechtlichen und immissionsbelastenden Gründen für nicht sinnvoll.
- c) Beim Bau von Ställen ergeben sich die Abstände zwischen Wohnung und Gewerbe und landwirtschaftlichen Betrieben aus der GIRL NW (so ist beispielsweise für Wohngebiete 10 % der Jahresstunden mit Gerüchen zulässig). Der Abstandswert wird anhand einer Simulation unter Berücksichtigung verschiedener Parameter errechnet.

3. Angebot zur Energieversorgung des Freibades Steinheim

Mit Schreiben vom 26.11.2010 teilt Herr Lödige der Stadt Steinheim mit, eine kostenfreie Restwärmelieferung für das Freibad Steinheim zur Verfügung stellen zu wollen.

Aus der Kostenschätzung des Büro Denhof GmbH geht hervor, dass der Bau einer Trasse vom Krankenhaus zum Freibad eine Größenordnung von ca. 48.000 € einnimmt.

Die Trasse soll vom Krankenhaus 120 m über die Rasenfläche des Parks in offener Bauweise, 100 m quer durch den Wald im Spül-Bohrverfahren bis zur Schützenplatzallee und dann unter der Straße bis an den Technikraum des Schwimmbades verlegt werden. An den Kosten für den Bau der Trasse würde sich Herr Lödige nach mündlicher Mitteilung mit ca. 10.000 € bis 15.000 € beteiligen. Der Restbetrag wäre durch die Stadt Steinheim zu tragen.

Seitens der Verwaltung wird die Beschlussvorlage vorgestellt und anhand der beigelegten Daten erläutert.

Ratsherr Behling bezeichnet die genannten Zahlen als falsch und bezichtigt die Verwaltung der vorsätzlichen Falschaussage. So wurden u. a. Wärmeverluste des BHKWs nicht berücksichtigt.

Ratsherr Günther gibt an, dass aus seiner Sicht noch weitere Kosten, wie Abgas- und Wärmeverluste, in die Berechnung einfließen müssten.

Nach kontroverser Diskussion verständigt man sich darauf, dass ein Termin einberufen wird, in dem auf sachlicher Ebene noch einmal die Kostenberechnung aufgearbeitet werden soll. Hierzu soll neben dem Investor und der Verwaltung jeweils ein Vertreter aus den Fraktionen teilnehmen. Belastbare Zahlen sollen anschließend dem Ausschuss vorgestellt werden.

Der Bau- und Planungsausschuss beschließt einstimmig, wie vorgeschlagen, vorzugehen.

**4. Antrag auf Ausbau des Wirtschaftsweges zwischen der Kastanienallee und der Lothar Straße;
hier: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
-Anlage-**

Die Ratsherrn Tavares und Klahold erklären sich für befangen. Dafür nimmt Ratsfrau Bieling an der Beratung dieses Tagesordnungspunktes teil.

Nach dem der Ausschussvorsitzende Rohde den Tagesordnungspunkt vorgestellt hat, erteilt er Ratsherrn Behling das Wort, um den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu erörtern. Der Antrag sieht den Umbau des vorhandenen Wirtschaftsweges zur Erschließungsstraße vor.

Entsprechend dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wurde von der Verwaltung eine Grobschätzung der Kosten vorgenommen.

Danach ergibt sich folgende Berechnung:

Straße: Länge 970 m Ausbaubreite zum Befahren von LKW/PKW mit 50 km/h 7,25 m

Erstellungskosten 70,00 €/m ²	= rd. 500.000,00 €
+ Regenwasserkanal 970 m x 300,00 €/m	= rd. <u>300.000,00 €</u>
Gesamt	= rd. 800.000,00 €

Nach Auskunft des Fachbereichs 2 ergibt sich für diesen Ausbau vermutlich keine Beitragsfähigkeit, da die Straße nicht vorteilsgerecht den angrenzenden Grundstücken zugeordnet werden kann.

Ratsherr Günther erläutert für die UWG-Fraktion den als Tischvorlage vorgelegten Antrag

(s. Anlage).

Ratsfrau Klennert gibt für die CDU-Fraktion eine Stellungnahme ab. In einer Anliegerinformation wurde von den 25 teilnehmenden Personen gefordert, dass kein Ausbau wie in den beiden Anträgen formuliert erfolgen soll und führt hierfür zahlreiche Argumente an. Umso mehr sollte die bereits einmal diskutierte Alternative im Bereich Piepenbrink nochmals überprüft werden.

Ratsherr Ostermann stellt beide Varianten infrage. Für die SPD-Fraktion erklärt Ratsherr Unruhe darüber hinaus, dass der Kostennutzen insbesondere aufgrund der heutigen Haushaltssituation der Stadt Steinheim infrage gestellt werden muss. Zunächst sollte erst einmal die Spange Lothar Straße/Hagedorner Straße ausgebaut werden.

Nach weiterer Diskussion wird die Sitzung unterbrochen, um den anwesenden Bürgern das Wort zu erteilen.

Anschließend wird die Sitzung wieder aufgenommen.

Im Ausschuss entsteht eine rege Diskussion darüber, wie die nächsten Schritte sein sollen. Auf der einen Seite ist man der Meinung, zunächst einmal Kosten über sämtliche Varianten zu ermitteln. Dem gegenüber wird gestellt, dass man sich auf eine Variante einigen sollte, um dann anschließend in eine detaillierte Planung einzusteigen. Ferner stellt sich die Grundsatzfrage, ob eine Entlastungsstraße momentan überhaupt erforderlich ist.

Letztendlich verständigt sich der Bau- und Planungsausschuss einstimmig darauf, zur Aufbereitung der Fragen einen Arbeitskreis zu bilden, um dort die verschiedenen Varianten noch einmal ausführlich zu diskutieren.

5. Markierung Radweg „Am Schorrberg“ (B.u.PI.A. v. 07.12.2010 TOP A 10)

Auf Grundlage des letzten Protokolls der Bau- u. Planungsausschusssitzung vom 07.12.2010, TOP A 10, stellt die Verwaltung noch einmal die rechtliche Bedeutung eines Mehrzweckstreifens heraus. Wichtigstes Kriterium: Im Gegensatz zu einem Radfahrstreifen darf der Mehrzweckstreifen von ein- und zweispurigen Kfz befahren werden, wenn der Platz auf der daneben liegenden Fahrbahn im Falle einer Begegnung mit anderen Fahrzeugen nicht ausreicht. Halten und Parken ist am Mehrzweckstreifen allerdings verboten.

Ratsherr Klahold spricht sich für eine gestrichelte Linie aus. Ratsherr Behling ebenfalls, wünscht sich allerdings vorab eine Information an die Anwohner.

Für die SPD-Fraktion erklärt Ratsherr Ostermann, dass die Markierung aufgebracht werden soll.

Die Verwaltung fasst zusammen, dass somit tendenziell die weiße gestrichelte Linie aufgebracht wird. Eine Rotmarkierung erfolgt aufgrund des Straßenbelagszustandes nicht. Die Straßenanlieger werden in einem Anschreiben über die geplante Maßnahme informiert, um die Möglichkeit zu haben, sich ggf. gegen das Vorhaben zu entscheiden. Da es sich um temperaturabhängige Arbeiten handelt, wird eine Ausführung sowieso nicht vor April erfolgen können.

Der Bau- und Planungsausschuss stimmt mit 10 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und

2 Enthaltungen für die Erweiterung des Auftrages zur Radwegmarkierung wie von der Verwaltung zusammengefasst.

6. Information der Verwaltung

a) Winterdienst auf der K 3

- a) Die Verwaltung informiert darüber, dass der Kreis Höxter als Straßenbaulastträger der K 3 von Grevenhagen zu L 959 wieder in vollem Umfang Winterdienst durchführt.
- b) Die Verwaltung verweist auf die Informationsveranstaltung zum Ausbau der Wallstraße am 27.01.2011 ab 17.00 Uhr, im Rathausaal.

7. Information zum zeitlichen Ablauf des Ausbaues der oberen

Marktstraße/Bahnhofstraße

(B.u.PI.A. v. 07.12.2010, TOP B 1

- Anlage -

Der Zeitplan für die Maßnahme Bahnhofstraße/Marktstraße wird dem Ausschuss erläutert. Dieser sieht vor, die Bestandsaufnahmen in den Monaten Januar und Februar durchzuführen und die Vorplanungen und Bürgerbeteiligungen in den Monaten Februar bis Juni 2011. Vor den Sommerferien sollen die Ausführungsplanung und Ausschreibung fertig gestellt sein, so dass die Vergabe der Bauleistungen in der Bau- u. Planungsausschusssitzung am 13.09.2011 erfolgen kann.

Der Baubeginn ist für Anfang Oktober vorgesehen und für den 1. Bauabschnitt „Obere Marktstraße“ ist eine Bauzeit von 2 Monaten geplant.

Anschließend werden Fragen aus Reihen der Verwaltung zum Kanal, der Abrechnung und dem Leistungsumfang beantwortet. Weitere Beschleunigungsmaßnahmen zur Realisierung des Projektes sind kaum möglich, da bei diesem Projekt über den üblichen Umfang die Bevölkerung eingebunden werden soll.

B. Nichtöffentliche Sitzung

gez. Rohde

Vorsitzender

gez. Frewer

Schriftführer